

Abrüstung statt Sozialabbau!

Antikriegstag 2016

Kundgebung am 01.09.2016, um 17.00 Uhr
auf dem Bahnhofsvorplatz in Bremen

Es sprechen:

Rainer Kuhn

ver.di Bezirk Bremen-Nordniedersachsen

Anne Rieger

Bundesausschusses Friedensratschlag, ehem. IG Metall Bevollmächtigte in Waiblingen

Annette Düring

DGB Region Bremen-Elbe-Weser

und
musikalische Begleitung



Veranstalter:

DGB Bremen-Elbe-Weser, ver.di, NGG, GEW, das Bremer Friedensforum,
Arbeit und Leben, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt
und die Stiftung Rüstungskonversion

Abrüstung statt Sozialabbau!

Antikriegstag 2016



Setzt ein Zeichen!

Kundgebung am 01.09.2016, um 17.00 Uhr
auf dem Bahnhofsvorplatz in Bremen

Bilder: fotolia.de und Harimut Drewes

Gestaltung: JK works, Matthias Klump

© 2014; DGB Region Bremen-Elbe-Weser, Daniela Reppich

Aufruf zum Antikriegstag 2016

Am 1. September - dem Antikriegstag - erinnern Gewerkschaften, Friedensorganisationen, Bildungseinrichtungen und Kirchen an den 1.9.1939, den Tag des Überfalls von Hitlerdeutschland auf unser Nachbarland Polen. Der dann folgende Zweite Weltkrieg hat mehr als 60 Mio. Menschen das Leben gekostet, darunter allein mehr als 27 Mio. Tote unter den Völkern der ehemaligen Sowjetunion.

Vor dem Hintergrund dieser mörderischen Geschichte rufen wir zu einer Politik des Friedens auf, setzen auf Kooperation statt Konfrontation und verurteilen jede Form von Kriegsvorbereitung.

Mit großer Sorge beobachten wir die zunehmende Militarisierung in der Gesellschaft der Bundesrepublik. Wir erkennen diese Entwicklung zum Beispiel an der offensiven Werbung der Bundeswehr an Schulen und den Einsatz von Jugendoffizieren in Unterricht und politischer Bildung. Die Bundeswehr hat keinen Bildungsauftrag in öffentlichen Bildungseinrichtungen. Solche Formen der Beeinflussung müssen beendet werden.

Die Bundeswehr ist schon seit den 90er Jahren keine reine Verteidigungsarmee mehr, was die Beteiligung an 15 internationalen militärischen Einsätzen belegt. Diese Einsätze verstoßen gegen das Grundgesetz (Art.26, GG).

Ein eindrückliches Beispiel für diese Grenzüberschreitung ist der Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Es ist nicht gelungen, die Lage für die Bevölkerung zu stabilisieren. Die Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung haben sich gravierend verschlechtert. Hunderttausende nehmen das Risiko der Flucht auf sich, weil ihnen ihre Heimat nicht mehr das Überleben sichern kann. Wir alle sind in den letzten Monaten Zeugen dieser Fluchtbewegungen. Dieser Krieg hat auch etlichen deutschen Soldaten das Leben gekostet, oder sie sind krank zurückgekommen und bedürfen langwieriger therapeutischer Behandlungen ihrer Traumata.

Die Bundesregierung spricht vermehrt von "neuer Verantwortung" und meint damit mehr Militäreinsätze, z.B. in Mali. Zu diesem Zweck werden in den nächsten Jahren Hunderte von Millionen Euro für die Aufrüstung von Militär und Gerät locker gemacht. Besondere Schwerpunkte bilden dabei der Ausbau und die Bündelung von IT-Aktivitäten zum Aufbau eines neuen Organisationsbereichs „Cyber- und Informationsraum (CIR) im Verteidigungsministerium. Parallel wurden Kampagnen gestartet, mit denen auf dem Arbeitsmarkt stark nachgefragte IT-SpezialistInnen für die Streitkräfte gewonnen

werden sollen. In Bremen hat z.B. die Hochschule Bremen trotz der Zivilklausel eine Kooperation mit der Bundeswehr vereinbart, um Informatikerinnen für diesen Bereich auszubilden.

Und nicht zu vergessen - Deutschland ist mittlerweile der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Fast 30% der Exporte gehen in die Kriegsregionen des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas. Damit werden Diktaturen und kriegführende Länder wie Saudi-Arabien offen unterstützt. Waffenexporte stiften jedoch keinen Frieden, sondern heizen Kriege an: Wer mit Waffen Geschäfte macht, darf sich nicht wundern, wenn Menschen aus ihren völlig zerstörten Gebieten fliehen.

Auch NATO-Manöver und vermehrte Truppenstationierungen in ganz Osteuropa entlang der russischen Grenze erhöhen die Spannungen in Europa und fördern das Risiko eines Krieges auf diesem Kontinent.



Das Bremer Bündnis zum Antikriegstag 2016 fordert einen Stopp dieser für uns alle gefährlichen Militarisierung. Wir brauchen nicht mehr Soldaten, mehr Waffen, mehr Rüstung. Was in Deutschland und anderswo auf dieser Welt hingegen gebraucht wird, ist mehr Geld für Soziales, für Bildung, für Gesundheitsversorgung und für die Bewältigung der Folgen der Klimakatastrophe. Diese Forderung gilt auch besonders für Bremen, wo Kinderarmut, Altersarmut, Wohnungsnot und nicht zuletzt Arbeitslosigkeit uns auf den Nägeln brennen.

Eine breitere Initiative für Frieden und Abrüstung - vor allem zur Abschaffung aller Atomwaffen - ist dringend notwendig. Durch Abrüstung frei werdende und zusätzliche Finanzmittel müssen vor allem den Kommunen zum entschlossenen Kampf gegen Armut zur Verfügung gestellt werden. Dieser Kampf für die Erhaltung und den Ausbau des Sozialstaates ist im Interesse aller Menschen und zugleich ein geeignetes Mittel, um Rassisten und Neonazis das Wasser abzugraben.